

## TILL

### Werbung mit Herz

Was haben die zurzeit in Osnabrück gastierende Ausstellung „Körperwelten“ und der westfälische Wursthersteller Reinert gemeinsam? Auf den ersten Blick nicht viel – außer dass bei beiden eine Menge totes Fleisch im Spiel ist. Was den Leuten im einen Fall mehr schmecken mag als im anderen, wie die stets aufgeregte Diskussion über öffentliches Zeigen von speziell präparierten menschlichen Leichen beweist. Allerdings: Wer schon mal eine Wurstfabrik von innen gesehen hat, dem könnte auch der Appetit auf Aufschnitt längst vergangen sein. Wie dem auch sei: In der Werbung greifen offenbar beide – Körperwelten-Macher wie Privatfleischer – auf dieselben Methoden zurück. Zu sehen auf Plakaten am Hauptbahnhof Osnabrück: Dort werden, nur wenige Meter voneinander getrennt, einerseits Gunther von Hagens' plastinierte Mumien (Schwerpunkt Blutpumpe), andererseits die scheinbar verpackte Neuheit aus Vermold (Kochschinken und Salami, jeweils aus „100 Prozent antibiotikafreier Aufzucht“) doch glatt mit demselben Slogan angepriesen: „Herzenssache“.

Den verantwortlichen Marketinggenies mag angesichts dieser lustigen Dopplung nun vielleicht das Herz in die Hose rutschen. Doch Till, der bekanntlich ein großes Herz für derlei Alltagskuriositäten hat, sagt: Herzlichen Dank!

Bismorgen

E-Mail: till@noz.de

### Absperrzaun auf Gleis gelegt

**OSNABRÜCK** In Osnabrück ist es in der Nacht von Montag auf Dienstag erneut zu einem gefährlichen Eingriff in den Bahnverkehr gekommen. Wie die Polizei mitteilte, überführt ein Intercity-Zug auf der Fahrt von Hamburg nach Frankfurt am Main gegen 0.43 Uhr einen auf die Gleise gelegten Absperrzaun. Laut Polizeiangaben rauschte der Zug trotz eingeleiteter Schnellbremsung mit einer Geschwindigkeit von 64 Stundenkilometern durch den Absperrzaun. Der Zug wurde nicht weiter beschädigt. Personen kamen ebenfalls nicht zu Schaden. Wegen des Vorfalls verspäteten sich drei nachfolgende Züge um insgesamt etwa 120 Minuten. Der betroffene Zug setzte seine Fahrt gegen 1.26 Uhr fort. Auch am Wochenende gab es in Osnabrück gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr. Unbekannte warfen sowohl am Freitag- als auch am Sonntagabend gegen 21.40 Uhr Steine auf einen Intercity-Zug.

OSNABRÜCKER OZ ZEITUNG

**Ihre Redaktion**  
Sekretariat 05 41/310-631  
310-632, 310-688  
Fax 310-640  
E-Mail: osnabrueck@noz.de

**Anzeigen** 05 41/310-310  
Fax 310-790  
E-Mail: anzeigen@noz.de

**Abo-Service** 310-320

## AUS DER RATSSITZUNG Wie können Baustellen besser koordiniert werden?

Was kann Osnabrück gegen das Sterben im Mittelmeer tun? Wollen die Bürger eine Wertstofftonne?

# Baustellen: Rat will Berater holen

## Harte Kritik am Management

**Können Nacharbeit und Doppelschichten, Tempo-Prämien und bessere Absprachen das Baustellen-Chaos in Osnabrück bändigen? Viele Mitglieder des Stadtrates verstärken am Dienstagabend in der Aktuellen Stunde den Chor der Kritiker, den Stein der Weisen fanden sie nicht. Den sollen jetzt externe Experten aufspüren.**

Von Wilfried Hinrichs

**OSNABRÜCK.** Der Stadtrat will externen Sachverständigen einkaufen: Berater sollen sich das Baustellen-Management anschauen, Vorschläge zur Optimierung der Abläufe erarbeiten oder technische Alternativen entwickeln. Entsprechende Anträge von Grünen und SPD wurden einstimmig auf den Weg gebracht.

Die CDU hatte die Aktuelle Stunde beantragt, weil – wie CDU-Fraktionschef Fritz Brickwedde sagte – „großer Unmut in der Bürgerschaft und in der Region“ herrsche. „Die Fahrzeiten haben sich in letzter Zeit verdoppelt, Pendler kommen zu spät zur Arbeit“, so Brickwedde. Er berichtete von verärgerten Einzelhändlern, frustrierten Kunden und resignierenden Handwerkern. „Wir haben einfach kein Verständnis mehr, dass Baustellen so lange dauern.“ Brickwedde forderte, bei Ausschreibungen die Kategorie Bauzeit aufzunehmen: Firmen sollten Zuschläge erhalten, wenn sie schneller fertig würden.

Volker Bajus (Grüne) mahnte die Ratsmitglieder, die „Erregung und Aufregung“ nicht unnötig zu verstärken. „Ich freue mich über das Ergebnis der Baustellen in der Stadt, denn sie bedeuten schnelleres Internet, mehr Verkehrssicherheit, bessere Infrastruktur.“ Bajus äußerte „wenig Verständnis“ für die Wirtschaftsverbände, die „nur meckern“. Tatsache sei, dass die Baustellen heute schneller fertig würden als vor zwanzig Jahren. Und warum nehme der Ärger zu? Bajus: „Weil es immer mehr Autos auf den Straßen gibt.“ Der Grünen-Sprecher kritisierte auch die Landesbehörden, die es „nicht nötig“ hätten, Autobahnbaustellen mit der

Stadt abzustimmen. Bajus nahm ausdrücklich die Bauarbeiter in Schutz, die unfaire Kritik von Autofahrern zu ertragen hätten.

Anette Meyer zu Strohen (CDU) stimmte Bajus in diesem Punkt zu: „Es geht nicht, dass Bauarbeiter beschimpft werden.“ Aber dieser Umstand zeige, wie angespannt die Nerven der Pendler seien. Sie kritisierte, „dass manchmal eine Baustelle eingerichtet wird, und dann sehe ich 14 Tage keinen Bagger“.

Der verkehrspolitische Sprecher der SPD, Heiko Panzer, warf der CDU vor, es sich zu einfach zu machen, wenn sie nur über die Baustellen schimpfe. „Wo sind die konkreten Vorschläge aus der CDU?“, fragte Panzer und erinnerte an einen SPD-Antrag, eine Gesamtstrategie für die Erneuerung der Infrastruktur zu erstellen. Er hoffe, dass diese Bestandsaufnahme nun in Angriff genommen werde.

Robert Seidler (FDP) holte einen Antrag vom 12. Dezember 2016 hervor, die Stelle eines Baustellenkoordinators zu schaffen. „Wo ist dieser Koordinator?“, fragte Seidler. Die Koordinierungsstelle gebe es, und sie arbeite gut und effektiv, antwortete Stadtbaurat Frank Otte. Darüber hinaus gebe es eine Gesprächsrunde mit den umliegenden Straßenbaubehörden. Otte betonte, die Zahl der Baustellen pro Jahr habe sich in Osnabrück in den vergangenen Jahren kaum verändert. Verändert habe sich aber die Zahl der Fahrzeuge.

Der Bund Osnabrücker Bürger sieht sich bestätigt: „Wir freuen uns riesig, dass diese Diskussion endlich geführt wird“, sagte Kerstin Albrecht. Giesela Brandes-Stegewentz (Linke) lenkte den Blick auf die Bauarbeiter und die Beschäftigten in der Verwaltung. Sie dankte ausdrücklich der Verwaltung, „dass sie mit so wenig Personal das alles schafft“. Diese Aktuelle Stunde ändere nichts, übe aber Druck auf jene aus, die die Arbeit machen. „Die Meckerei geht mir auf den Geist“, schloss Brandes-Stegewentz.

Susanne Hamburger dos Reis (SPD) versuchte, die Wogen zu glätten, und zitierte einen NOZ-Kommentar vom Samstag: Es sei an der Zeit, sich ein wenig zu entspannen.



Ein Schiffchen für Oberbürgermeister Wolfgang Griesert (CDU): Renate Vestner-Heise vom Bündnis Seebrücke Osnabrück verteilt zu Beginn der Sitzung Solidaritätssymbole an die Ratsmitglieder. Foto: Jörn Martens

# Rat unterstützt Seebrücken-Initiative

Osnabrück bietet an, Bootsflüchtlinge aufzunehmen / CDU/BOB und Griesert dagegen

Von Sandra Dorn

**OSNABRÜCK** Die Stadt Osnabrück will etwas gegen das Sterben im Mittelmeer tun und der Bundesregierung anbieten, Bootsflüchtlinge aufzunehmen. Osnabrück soll als „sicherer Hafen“ deklariert werden und das Bündnis Seebrücke unterstützen, das sich für die Seenotrettung einsetzt. Das beschloss der Rat am Dienstagabend gegen den Willen von CDU/BOB und Oberbürgermeister Wolfgang Griesert (CDU).

„Glauben Sie wirklich, dass wir mit dieser Initiative Eindruck hinterlassen?“, fragte Griesert. „Wir bauen keine Brücke, sondern eine Fata Morgana.“ Die Herzlichkeit dürfe den Verstand nicht außer Kraft setzen. „Wir sollten uns dringend davor hüten, Menschen dazu zu verleiten, sich in Seenot zu begeben.“

Die Christdemokraten und der Bund Osnabrücker Bürger (BOB) bezeichneten die Unterstützung des Bündnisses Seebrücke als „reine Symbolpolitik“, schlugen stattdessen vor, dass die Stadt konkrete Vorschläge zur Bekämpfung der Fluchtursachen macht und eine Partnerschaft mit einer Stadt in Afrika einget, „damit die Menschen dort eine Perspektive haben“, sagte CDU-Fraktionschef Fritz Brickwedde.

Diesen Vorschlag nahmen die übrigen Fraktionen gern auf, er erhielt von allen Zustimmung. Dass die CDU/BOB-Gruppe in einem zweiten Punkt aber auch die konsequente Rückführung nicht Bleiberechtigter forderte,

## KOMMENTAR

### Nicht nur Symbolpolitik

Mit den Resolutionen des Rates der selbst ernannten Friedensstadt Osnabrück ist es so eine Sache. Gerade erst hat die Kommunalaufsicht den Appell zur Abschaffung von Atomwaffen für rechtswidrig erklärt, weil der lokale Bezug fehlte. Bei der Seebrücke ist es anders: Da bietet die Stadt konkret an, Bootsflüchtlinge aufzunehmen.

Oberbürgermeister Wolfgang Griesert (CDU) hat sich die Entscheidung sicher nicht leicht gemacht, der Seebrücken-Initiative eine Absage zu erteilen. Populär ist so etwas nicht, dazu gehört Mut. Und er hat ja



Von Sandra Dorn

recht damit, dass schon die Idomeni-Initiative ins Leere lief, mal ganz zu schweigen von einem Brief des Rates an die Spitzen von EU, Bund und Land im Jahr 2015, etwas gegen das Sterben im Mittelmeer zu tun.

Trotzdem ist es falsch, zu resignieren und dem Sterben im Mittelmeer weiter hilflos zuzusehen. Die Menschen machen sich weiter auf den Weg nach Europa, so oder so. Zu hoffen, dass eine mittelgroße Stadt wie

Osnabrück etwas bewegen kann, mag wenig realistisch sein. Doch noch viel weniger realistisch ist es, darauf zu hoffen, dass die europäischen Staaten sich von alleine auf eine Lösung der Flüchtlingsproblematik verständigen. Je mehr Kommunen Druck machen und konkrete Angebote zur Bekämpfung von Fluchtursachen sowie zur Aufnahme Geflüchteter machen – von denen sie angesichts des Fachkräftemangels ja sogar etwas haben –, desto besser. Das ist mehr als reine Symbolpolitik. Es sind konkrete Lösungsvorschläge.

s.dorn@noz.de

# Gelbe Tonne statt Sack?

Rat vertagt Entscheidung / Ausschuss diskutiert im September

Von Sandra Dorn

**OSNABRÜCK** Flatterhaft sind die gelben Säcke, in denen die Osnabrücker ihren Plastikmüll entsorgen. Für die FDP-Fraktion zu flatterhaft. Deshalb haben die Liberalen jetzt einen erneuten Vorstoß unternommen, die Säcke gegen stabile Tonnen auszutauschen. Die übrigen Fraktionen waren aber dafür, das Thema zu vertagen. Im September soll sich der OSB-Betriebsausschuss damit auseinandersetzen.

„Wir wollen mit der Gelben Tonne einer Vermüllung unserer Stadt entgegenwirken“,



Das Straßenbild alle zwei Wochen. Foto: Archiv/Gründel

sagte FDP-Ratsmitglied Oliver Hasskamp. Nicht jeder Bürger sei bereit, den Gehweg vor seinem Haus von zerfledderten Säcken und da-

durch herumfliegendem Müll zu reinigen. Tausende gelbe Plastiksäcke alle zwei Wochen seien zudem „ökologischer Wahnsinn“.

Volker Bajus, Fraktionschef der Grünen, und Thomas Niemann (CDU) forderten aber, zunächst die Kosten und das übrige Prozedere zu ermitteln. „Wir werden hier keinen Schnellschuss für die Gelbe Tonne machen“, sagte auch Heiko Panzer (SPD).

2011 bis 2017 erprobte die Stadt die Gelbe Tonne bereits in Eversburg. Die Bürger fanden das gut, die Stadt wegen der Rahmenbedingungen durch den Bund zu teuer.

# Bahntunnel in Atter?

Noch kein Planungsgeld bewilligt

**OSNABRÜCK.** Der Stadtrat sieht die Notwendigkeit, die Bahnunterführung Atterstraße zu bauen. Aber Geld für die Planung wird aktuell nicht zur Verfügung gestellt. Darüber soll in den kommenden Haushaltsberatungen entschieden werden.

Die SPD hatte beantragt, sofort 300 000 Euro für die Planung lockerzumachen. Seit 40 Jahren warteten die Bürger auf den Tunnel, sagte Heiko Panzer. Täglich entstünden Wartezeiten von mehr als viereinhalb Stunden. Außerdem berge der Übergang Gefahren für Kinder. „Ich kann mir nicht vor-



Hindernis: Bahnübergang in Atter. Foto: Jörn Martens

stellen, dass die CDU diesem Antrag wieder nicht zustimmt“, sagte Panzer.

Doch, die CDU/BOB-Gruppe stimmte nicht zu. Sven

Schoppenhorst erinnerte daran, dass 2017 in den Haushaltsberatungen die Planung um ein Jahr verschoben worden sei. Dem hatte auch SPD-Fraktionschef Henning zugestimmt, er war später aber von seiner Fraktion gebremst worden. Schoppenhorst versicherte, die CDU stehe „hundertprozentig hinter dem Ausbau“. Das Thema solle aber im Haushaltsausschuss beraten werden. Volker Bajus (Grüne) lehnte es ebenfalls ab, den Haushaltsgesprächen vorzugreifen. Bajus blickte ratlos auf die SPD: „Warum jetzt? Es sind doch nicht mal Wahlen.“